

**Ansprache des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping,
anlässlich der Verleihung des Ehrenkreuzes der Bundeswehr
an Dr. Theo Sommer
am 10. Januar 2002 in Berlin**
Es gilt das gesprochene Wort

Zu Beginn des vergangenen Jahres beherrschte ein brisantes und die Bundeswehr aufs Äußerste beunruhigendes Thema die öffentliche Diskussion.

Am 20. Dezember 2000 hatte die „Berliner Zeitung“ unter dem Titel „Mysteriöse Todesfälle nach Kontakt mit Uranmunition“ von drei nach ihrem Dienst im Kosovo gestorbenen italienischen Soldaten berichtet. Kurz nach Neujahr war dieses Thema dann in allen Medien an erster Stelle. Der Höhepunkt der Aufregung war am 8. Januar mit über hundert Presseartikeln erreicht.

Im Ministerium hatte man sich über lange Jahre mit dieser Problematik beschäftigt und hielt die ganze Angelegenheit für maßlos übertrieben. Das hatte die unglückliche Folge, dass die Reaktionen zu spät kamen, die öffentliche Aufregung eskalierte und schließlich mit Bordmitteln nicht mehr einzufangen war.

Um in einer solchen Situation den Emotionen mit sachlicher Aufklärung zu begegnen, braucht man einen neutralen, unbelasteten Mittler, dem die Öffentlichkeit vertraut und zuhört.

Einen solchen Mittler zu finden ist nicht leicht, denn er muss eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen. Er muss die Bundeswehr kennen, um die Geschehnisse verstehen und aufarbeiten zu können. Er muss in der Lage sein, sich in die komplizierte Sachmaterie einzuarbeiten. Und er muss eine in der Öffentlichkeit bekannte und angesehene Persönlichkeit sein, die ihren Worten Gehör zu verschaffen weiß. Schließlich muss er oder sie auch noch bereit sein, die schwierige und wenig populäre Aufgabe zu übernehmen.

Deshalb bin ich Dr. Theo Sommer sehr dankbar, dass er sich nur gut ein halbes Jahr nach Beendigung seiner Tätigkeit in der Weizsäcker-Kommission schon wieder einer solchen Herausforderung im Dienste des Bundesministers der Verteidigung gestellt hat.

Kaum ein anderer vereint die Voraussetzungen für diese schwierige Aufgabe, so wie Sie. Sie haben nicht nur vor über 30 Jahren den Planungsstab als wirksames Instrument für den Bundesminister der Verteidigung aufgebaut. Sie sind der Bundeswehr über die Jahre immer verbunden geblieben, unter anderem durch die Mitarbeit in zwei Strukturkommissionen.

Die erste Kommission legte zu Zeiten Helmut Schmidts die Grundsätze für eine neue Wehrstruktur in den siebziger Jahren.

Ende der neunziger Jahre war es wieder notwendig geworden, sich über die grundsätzliche Struktur der Bundeswehr Gedanken zu machen. Und Sie, Herr Dr. Sommer, waren wiederum zur Mitarbeit bereit und haben den stellvertretenden Vorsitz der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ übernommen.

Darüber hinaus haben Sie den Vorsitz einer Arbeitsgruppe übernommen, die sich intensiv mit strukturellen und organisatorischen Fragen der Bundeswehr befasst hat.

Die Kommission hat nicht im luftleeren Raum gearbeitet. Vielmehr haben insbesondere ihre Arbeitsgruppen den engen Kontakt mit dem Ministerium gesucht. Dass es dabei bisweilen zu einem Wettbewerb um die besseren Lösungen gekommen ist, hat der Reform der Bundeswehr wahrlich nicht geschadet.

Wie Sie wissen, haben wir neunzig Prozent der Kommissionsvorschläge aufgenommen und setzen sie um. Ich verweise zum Beispiel auf den empfohlenen Aufwuchs der Einsatzkräfte, die Gliederung der Teilstreitkräfte in zwei Säulen oder die Zusammenfassung vieler Untertstützungsdienste in einem zentralen Bereich, den wir Streitkräftebasis genannt haben.

In einem wesentlichen Punkt sind wir den Empfehlungen nicht gefolgt: Bei der Gestaltung der Wehrpflicht. Ich möchte die Beweggründe der damaligen Entscheidung hier nicht wiederholen, jedoch darauf verweisen, dass wir uns in der Grundaussage – Erhalt der Wehrpflicht – einig waren.

Zu Recht hat die Kommission auf die Unwägbarkeiten äußerer Natur hingewiesen, die trotz aller positiven Entwicklungen des letzten Jahrzehnts weiterhin bestehen. „Gegenwärtig,“ so heißt es im Bericht „kann nicht empfohlen werden, bei der Organisation der zukünftigen Bundeswehr sich der Vorteile zu begeben, die von der Wehrpflicht garantiert werden ...“

Wie prophetisch dieser Rat war, hat der 11. September erwiesen. Es sind jetzt insbesondere Wehrpflichtige, die die vielfältigen zusätzlichen Sicherungsaufgaben für die Heimatbasen unserer Einsatzkräfte und der verbündeten Streitkräfte in Deutschland leisten.

Das ist im Übrigen kein Einsatz der Streitkräfte im Innern in dem Sinne, wie ihn Viele verstehen. Vielmehr handelt es sich um eine militärische Aufgabe, die das Funktionieren und die Sicherheit unserer Streitkräfte gewährleistet.

Für Ihr Engagement in der Kommission möchte ich Ihnen, lieber Theo Sommer, ganz herzlich danken. Es ist aber durchaus nicht ihre einzige Tätigkeit, die Sie mit der Bundeswehr verbindet. Als Historiker unterstützen

Sie das Militärgeschichtliche Forschungsamt im „Erweiterten wissenschaftlichen Beirat für Museumsfragen“. Und in Ihrer langen Tätigkeit als Journalist waren Sicherheitspolitik und Streitkräfte bleibende Themen. Als ich Sie am 18. Januar 2001 angerufen und gebeten habe, die Uranproblematik aufzuarbeiten, waren Sie wiederum bereit, eine Aufgabe bei den Streitkräften zu übernehmen.

Trotz Ihres umfangreichen beruflichen und öffentlichen Engagements haben Sie sofort mit der Arbeit losgelegt und schon am 2. Februar zum ersten Male mit Ihren Mitarbeitern getagt.

Wie wir alle wissen, blieb es nicht bei dem einen Thema Uranmunition. Berichte über schädliche Radarstrahlung, Asbest und verschiedene Schadstoffe hatten zu großer Unruhe in der Bundeswehr beigetragen. Und ich möchte Ihnen, lieber Theo Sommer, ganz herzlich danken, dass Sie sich mit Ihrem Arbeitsstab auch all dieser Fragen angenommen haben.

Der große Themenkreis brachte es mit sich, dass die Arbeit äußerst intensiv wurde. Innerhalb der nächsten vier Monate haben Sie sich vierzehn Mal getroffen. Sie sind mit Ihrem Team ins Kosovo gereist, um sich vor Ort im Gespräch mit den dort eingesetzten Soldaten ein Bild zu machen.

Wie ich mir habe berichten lassen, sind Sie mit der schweren Bristol-Weste angetan zu den Fundstellen von Uranmunition ins Gebirge gefahren. Sie wollten selbst einen Eindruck davon erlangen, unter welchen Umständen überhaupt jemand mit diesem Material in Kontakt kommen konnte.

Sie haben auch in Deutschland mit vielen Experten gesprochen und die verschiedenen Probleme von allen Seiten beleuchtet:

- Waren oder sind Soldaten gefährdet?
- Hat die Bundeswehr sich Fahrlässigkeiten oder gar Vorsatz beim Umgang mit Gefährdungen erlaubt?
- Wie geht die Bundeswehr mit Menschen um, die sich geschädigt sehen?

Und:

- Kann man die Verfahren im Umgang mit Betroffenen verbessern und beschleunigen?

Ihr Bericht hat der Bundeswehr mit einer Ausnahme Entlastung verschafft. Und im Falle dieser Ausnahme, der Strahlung von einigen Radargeräten, haben sie die Probleme analysiert und klare, praktikable Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreitet.

Wir haben Ihre Vorschläge umgesetzt, und sie haben sich in der Praxis hervorragend bewährt. Es ist auf diese Weise gelungen,

- Ermittlungsverfahren in Radarsachen in den meisten Fällen auf wenige Monate zu verkürzen und insbesondere die Radarfälle bei Antragstellung vor 2001 abzuschließen, zumindest aber zu bescheiden und
- in etwa 200 der über 2000 nach dem großen Medienecho im Jahre 2001 neu gemeldeten Fälle ebenfalls schon zu einer Entscheidung zu gelangen.

Das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren, Fallgruppen zu bilden, hat dazu geführt, dass eine Schädigung durch Radargeräte der Bundeswehr als Ursache einer Erkrankung in vielen Fällen ausgeschlossen werden konnte.

Für den einzelnen schwer Erkrankten ist es sicher bedauerlich, keine Entschädigung zu erhalten. Für die meisten ehemaligen Radarsoldaten ist jedoch die Erkenntnis wichtig, dass sie während ihrer Dienstzeit nicht gefährdet gewesen sind. Sie müssen also nicht mehr die Ungewissheit ertragen, womöglich mit einer lebensgefährlichen Schädigung zu leben, die jederzeit als Krankheit ausbrechen kann.

Es gibt jedoch leider in einer kleinen Anzahl von Fällen Ausnahmen von dieser Erkenntnis. In diesen Fällen sind wir jetzt sehr viel schneller in der Lage zu erkennen, dass eine Schädigung eingetreten sein kann und Versorgungsleistungen zu erbringen.

Bis März 2002 werden wir die notwendigen technischen Erkenntnisse über alle Radargeräte der Bundeswehr zusammen getragen haben. Dann werden wir auch die bis dahin verbliebenen Fälle zügig abschließen können.

Lieber Theo Sommer,

für Ihre Arbeit danke Ihnen nicht in erster Linie im eigenen Namen, weil Sie mir geholfen haben, ein politisches und publizistisches Problem zu bewältigen. Ich möchte Ihnen vor allem der Angehörigen der Bundeswehr wegen danken.

Sie, lieber Theo Sommer, haben mit Ihrem sachlichen Bericht ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die grundlose Beunruhigung über die Uranmunition und andere Stoffe beendet werden konnte. Sie haben darüber hinaus Wege aufgezeigt, wie den Radaropfern schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Damit haben Sie der Bundeswehr und ihren Angehörigen einen großen Dienst erwiesen.

Für diesen Dienst, für Ihr Engagement in der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, Ihre Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat für Museumsfragen und Ihre journalistische Begleitung wichtiger sicherheitspolitischer Entwicklungen verleihe ich Ihnen die höchste Stufe des Ehrenzeichens der Bundeswehr, das Ehrenkreuz in Gold.

Stand: 10. Januar 2002